

14. Jahrgang 2011
Heft Nr. 4
ISSN 1435-439X



ZEUS

ZEITSCHRIFT FÜR EUROPARECHTLICHE STUDIEN

Viviane Reding

**Die supranationale Rechtsgemeinschaft als Fundament der künftigen
„CONFOEDERATIO EUROPAEA“**

Constantin Fabricius

**Abgeleitete Rechtsetzung nach dem Vertrag von Lissabon –
Überlegungen zu DELEGIERTEN RECHTSAKTEN
und DURCHFÜHRUNGSRECHTSAKTEN**

Jürgen Grunwald

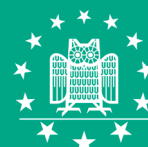
Neuere Entwicklungen des EU-FORSCHUNGSRECHTS

Robin van der Hout und Miriam Firmenich

**ACCESS to DOCUMENTS containing CONFIDENTIAL BUSINESS INFORMATION –
The application of Regulation (EC) 1049/2001 in cartel cases and the need for reform**



BWV • BERLINER
WISSENSCHAFTS-VERLAG



EUROPA-
INSTITUT
Sektion Rechtswissenschaft
UNIVERSITÄT DES SAARLANDES

Constantin Fabricius, Abgeleitete Rechtsetzung nach dem Vertrag von Lissabon – Überlegungen zu Delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, ZEuS 2011, 567-605.

Nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon am 1. Dezember 2009 ist die Frage der Umsetzung der Vorschriften zu den Delegierten Rechtsakten in Art. 290 AEUV und den Durchführungsrechtsakten in Art. 291 AEUV in den Fokus gerückt. Der folgende Beitrag setzt sich ihrer großen praktischen Relevanz wegen mit diesen Handlungsformen auseinander. Der Verfasser zeigt auf, dass der Erlass von Delegierten Rechtsakten eine Konsultation durch die Kommission nicht zwingend voraussetzt und Informationspflichten gegenüber dem Gesetzgeber nicht voll ausgeprägt sind. Darüber hinaus werden die Rechtsfolgen des Widerrufs gemäß Art. 290 Abs. 2 lit. a) AEUV in der gesetzgeberischen Praxis in einer Weise beschränkt, die zu einer Störung des institutionellen Gleichgewichts führt. Schließlich höhlt die Möglichkeit der Kommission, sich über Art. 291 Abs. 2 AEUV selbst zum Erlass von Durchführungsrechtsakten zu ermächtigen, vor allem die Rolle des Europäischen Parlaments, das weder am Erlass noch an der Kontrolle von Durchführungsrechtsakten beteiligt ist, aus.

Jürgen Grunwald, Neuere Entwicklungen des EU-Forschungsrechts, ZEuS 2011, 607-645.

Der Artikel behandelt die Neuerungen des EU-Forschungsrechts unter besonderer Berücksichtigung der Änderungen, die der Vertrag von Lissabon in den Forschungssektor eingeführt hat. Neben den bestehenden Programmen und ihren Innovationen, wie dem Europäischen Forschungsrat, gilt die Darstellung den neu geschaffenen Gemeinsamen Unternehmen, der neuen Rechtsform eines Konsortiums für eine europäische Forschungsinfrastruktur (ERIC) sowie neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und jener zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor andererseits (Public-Private-Partnerships). Die Europäische Raumfahrtpolitik wird in ihren programmatischen Grundzügen dargestellt, und das Potenzial eines künftigen Europäischen Forschungsraums entwickelt. Der Artikel schließt mit einem Ausblick auf die Programmperiode 2014 bis 2020.

Robin van der Hout und Miriam Firmenich, Access to documents containing confidential business information – The application of Regulation (EC) 1049/2001 in cartel cases and the need for reform, ZEuS 2011, 647-661.

The essay deals with the European principle of transparency. It focuses on the access to documents held by Union institutions under the respective EU-law, especially Regulation (EC) 1049/2001. The specific problems arising from the general right to access with regard to confidential documents obtained in cartel proceedings, particularly those voluntarily provided under the EU leniency programme in competition matters, are illustrated and discussed. As under the current law it is mainly on the European Courts to decide on the disclosure on a case-by-case basis. Because so far no new legislation to address the possible protection of whistle-blowers in cartel proceedings is yet in sight, the authors stress the urgent need for clear new laws maintaining whistle-blowing worthwhile instead of developing into an incalculable risk.